

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Sabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harzmann, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Schönbauer, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schroderstr.). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangirung) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Beleggeld. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr für fünfzählige Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7778

Nr. 225.

Magdeburg, Dienstag, den 26. September 1899.

10. Jahrgang.

Dienstag abend 8 Uhr Versammlung im Weissen Hirsch

Die Liberalen und die Zuchthausvorlage.

In der nationalliberalen Badischen Landeszeitung wird die Haltung des Abgeordneten Wassermaun gegen die Zuchthausvorlage verteidigt. Dabei werden einige interessante Dinge erzählt:

„Nach wie vor hat es einzelne Fälle gegeben, in denen der Streikende seinen arbeitenden Kameraden beschimpft, an der Arbeit zu hindern gesucht hat. Heute wie ehemals beklagen wir solche Fälle, vermischen wir eine Fassung der betreffenden Gesetze, unter die jedes einzelne derartige Vorgehen sich zu voller Sühne rubrizieren ließe. Der Wunsch, daß der Schutz der Arbeitswilligen mit aller Energie zur Durchführung gelange, ist nicht weniger lebhaft als zuvor. Ebenso entschieden aber wie im Frühjahr wird heute die Beeinträchtigung des Koalitionsrechts abgelehnt, weigert man sich, Gesetze anzunehmen, deren Text weit über das Maß dessen hinausgeht, was zum Schutze der Arbeit erreicht werden soll.“

„Vergessen wir aber auch nicht, daß die ganze Vorgeschichte des Zuchthausgesetzes zu dessen Diskreditierung das Wesentliche beigetragen hat. Von einem Gesetze, das 1/4 Jahre, nachdem verkündet worden war, es gehe seiner Vollendung entgegen, an die Öffentlichkeit gelangt, nimmt niemand an, daß es von der Regierung für dringend notwendig gehalten wird.“

Es hat sich inzwischen bestätigt, daß Graf Poyadomsky die Einwendungen von Vertretern mehrerer Bundesstaaten weniger mit sachlichen Motiven, als gerade mit dem Hinweis auf die Dehnhäuser Rede entkräftet hat. Es soll heute nicht davon die Rede sein, ob und in welchem Grade ein solches Verhalten der kaiserlichen Ratgeber den Anforderungen ihres Amtes entspricht. Wohl aber muß mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt werden, daß nationalliberale Volksvertreter solchen Erwägungen zugänglich sein könnten. Im Gegenteil halten wir es für sehr begreiflich, daß der Regierung, es hätten der Sache selbst fernliegende Gesichtspunkte die Herstellung des Gesetzesentwurfes beeinflusst, eine große Anzahl von Liberalen ihm von vornherein abgeneigt gemacht hat. Seitdem ist aber sehr viel geschieden, um diese Abneigung zu verstärken. Die „Zuchthausvorlage“ ist zum Schiboleth der einseitigsten, von Egoismus beherrschten Interessentkreise geworden. Unter ihrem Zeichen sammeln sich alle, die in sozialpolitischen Fragen äußerste Zurückhaltung predigen, denen in dieser Hinsicht wohl zu viel, nie aber zu wenig geschieht, die sich zum Notwendigen schieben lassen, ohne jemals frische Initiative zu ergreifen. Für das Zuchthausgesetz wird eine lebhafteste Agitation unter Anwendung von Einschüchterungsmitteln in Bewegung gesetzt, die den liberal Empfindenden auf das peinlichste berühren muß. Damit aber wird man den politisch Denkenden nicht zu der Ansicht bekehren, als „ördere Sympathie für den Arbeiterschutz die Sozialdemokratie. Vielmehr ist nichts mehr geeignet, der Sozialdemokratie neue Scharen von Arbeitern in die Arme zu treiben, als engherzige Interessentpolitik, selbstjüchtige Zurückhaltung von den sozialpolitischen Aufgaben des Staates. Darum glauben wir nicht, daß bei der nächsten Abstimmung die nationalliberale Partei sich berufen fühlen wird, den Wassermaunischen „Fehler“ „wieder gut zu machen“; wir würden uns nicht einmal wundern, wenn die vielfach umgeschickte und ikrupellose Agitation, mit der man den Sommer über der Zuchthausvorlage neue Freunde zu werben gesucht hat, manchen vor den Kopf gestoßen haben sollte, der in dem Entwurfe bisher lediglich ein Mittel zu dem sehr wünschenswerten Schutze der Arbeitswilligen gesehen hatte, den aber das wahre Gesicht der Arbeitsbeschützer, wie es sich seitdem enthüllt, abjektiv. Jedenfalls aber rechnen wir damit, auch in der nächsten Session des Reichstages die Auseinandersetzungen zu sehen. Diese Aussicht hat jedoch für uns durchaus nichts Beängstigendes.

In diesen Darlegungen kehren manche von Wassermaun im Reichstag geäußerte Gedanken wieder, nur daß es eine unbedingte Konzession an die Zuchthausfreunde ist, den Anschein zu erwecken, als ob der Terrorismus gegen Arbeitswillige irgendwie beträchtlich sei und mit den heutigen Strafmitteln keine Abwendung finden könne. Die Thatfachen beweisen das Gegenteil des einen wie des anderen.

Wenn das wahr ist, so wird um so dringender die Pflicht, in den Einzellandtagen die Regie-

rungen über ihre Stellung zum Entwurf zu interpellieren und sie nach den Gründen ihrer Zustimmung zu fragen.

Eine bemerkenswerte Enthüllung aber liegt in der beiläufig erwähnten Behauptung, der ursprüngliche Widerspruch mancher Bundesrats-Vertreter gegen die Vorlage sei durch den Hinweis auf die Notwendigkeit beseitigt worden, es gelte den Trinkspruch von Dehnhäusen zu erfüllen.

Uebrigens besteht heute das Argument, daß kaiserliche Trinksprüche Anforderungen darstellen, die auf jeden Fall eingelöst werden müssen, nicht mehr; denn gerade die Konservativen haben in der Kanalfrage dafür gesorgt, daß die Reden von Dortmund auf die Wirklichkeit der Politik keinen Einfluß gewinnen konnten.

Die Berliner National-Zeitung, die den Artikel des badischen Blattes übernimmt, stellt die Notwendigkeit eines Auseinandergehens in der nationalliberalen Partei nicht ein. Die Entstehungsgeschichte des Entwurfs verleitet sie nicht dazu, der Prüfung zu entgehen, „ob das anerkannte Verbindnis wirksameren Schutzes der Arbeitswilligen sich in einwandfreier Art, ohne Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes, befriedigen läßt.“

Das ist die alte nichtsinnige Heuchelei! Will man die Koalitionsfreiheit nicht beeinträchtigen, so muß man alte Strafbestimmungen beseitigen, statt neue zu erfinden. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

In Sachsen, Baden und Hessen stehen Landtagswahlen bevor, an denen die Sozialdemokratie beteiligt ist. Die sächsische Zweite Kammer wird, wie die badische, immer nur teilweise neu besetzt. In Sachsen geschieht dies mit sechsjähriger Mandatsdauer zu je einem Drittel alle zwei Jahre, in Baden ist die Mandatsdauer eine vierjährige und es scheidet alle zwei Jahre die Hälfte des Abgeordneten aus. Die sächsische Kammer zählt 82 Mitglieder, von denen demnächst 27 einer Neuwahl sich zu unterziehen haben. Seitdem in Sachsen ein neues Wahlrecht in Form des preussischen Klassenwahlrechts zu dem ausgesprochenen Zweck eingeführt worden ist, die Sozialdemokratie aus dem Landtage zu verdrängen, ist die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten von 14 auf 4 gesunken. Auch diese 4 dürften bis 1901 verschwunden sein, da an ihre Wiederwahl nach der Wahlrechtsänderung kaum zu denken ist. Man wird im sächsischen Landtage also bald „ganz unter sich“ sein. Dafür steht es bei den Reichstagswahlen um so besser für die Sozialdemokratie. Nahezu die Hälfte der 23 sächsischen Reichstagswahlkreise ist bereits sozialdemokratisch vertreten und die übrigen sind bis auf drei oder vier ernstlich gefährdet. In Baden sind von den 63 Kammermitgliedern 32 neu zu besetzen, da aber der demokratische Professor Heimbürger sein Mandat wiedergelegt hat, sind 33 Sitze zu vergeben. Bisher zählte die Kammer 25 Nationalliberale, 21 Zentrumsmitglieder, 7 Volksparteiler, 5 Sozialdemokraten, je 2 Konservative und Antisemiten und einen fraktionslosen Liberalen. Herr Heimbürger eingerechnet sehen jetzt 4 Volksparteiler, 2 Sozialdemokraten, je ein Konservativer und Antisemit, 9 Zentrumsmänner und 15 Nationalliberale ihr Mandat erledigt. Die Nationalliberalen, die schon vor zwei Jahren erhebliche Einbuße erlitten, sehen der Wahl mit Besorgnis entgegen, zumal von Neuem die Parole zu ihrer unbedingten Bekämpfung ausgegeben ist. Das vornehmste Kampfbildet für die oppositionellen Parteien die Erringung des direkten Wahlsystems für den Landtag, eine Forderung, um die sich der badische Nationalliberalismus bisher herumgedrückt hat. Die Sozialdemokraten haben diesmal 7 Kandidaten aufgestellt, die Antisemiten 4. Zwei Karlsruher Kreise und drei Mannheimer sind bisher in der Kammer sozialdemokratisch vertreten gewesen. In der 50 Mitglieder zählenden hessischen Zweiten Kammer waren bis jetzt Mainz durch 2, Offenbach-Stadt durch einen und Offenbach-Land durch 2 Sozialdemokraten, zusammen 5, vertreten. Diesmal haben die Sozialdemokraten in neun Kreisen Kandidaten aufgestellt. Auch in Hessen wird indirekt gewählt. Jetzt gilt es in Hessen besonders, den Antisemiten, die bisher einen Landtagswahlkreis inne gehabt haben, denselben streitig zu machen. Unsere Partei hofft, diese Preis zu erobern. — Die Sozialdemokratie ist jetzt in den Landtagen der Einzelstaaten in folgender Stärke vertreten: Bayern bei 159 Abgeordneten 11, Sachsen bei 82 Abge-

ordneten 4, Württemberg bei 93 Mitgliedern 1 (Kloß, der Stuttgart sowohl im Reichstage wie Landtage vertritt), Baden bei 63 Abgeordneten 5, Hessen bei 50 Mitgliedern 5, Sachsen-Weimar bei 33 Mitgliedern 1, Koburg-Gotha bei 30 Mitgliedern 7, Altenburg bei 30 Abgeordneten 5, Meiningen bei 24 Abgeordneten 4, Schwarzburg-Rudolstadt bei 16 Abgeordneten 1, Meuß j. L. (Gera) bei 15 Mitgliedern 3, Bremen bei 150 Mitgliedern der Bürgerschaft 2. —

Die preussische Regierung vernichtet die Junker, indem sie ihnen Mut einflößt. Am Donnerstag hat das Staatsministerium eine Sitzung abgehalten, über die den Münchener Neuesten Nachrichten offiziös folgendes geschrieben wird: „In der Sitzung stand die Stellung der politischen Beamten zum Bunde der Landwirte auf der Tagesordnung. Angeblich soll ein Ministererlaß den politischen Beamten nicht nur jede Teilnahme am Verein untersagen, sondern auch jede Konnivenz mit ihm ausschließen und den Aufsichtsinstanzen besondere Aufmerksamkeiten wegen der Gesetzesübertretungen der Bundesabteilungen zur Pflicht machen.“ Das Centralorgan der Bündler hätte der Werberkraft wegen die Märtyrerverlebe sehr gern unter der Bedingung, daß „nur so gethan“ wird und daß nicht etwa im Ernste die Gesetzesübertretungen der Agrarier untersucht und verfolgt werden. Aber die Regierung ist nicht einmal zu dieser Energie zu bewegen, nicht einmal einen lustigen Krieg stellt sie in Aussicht. Beweis: ein langer Artikel der ministeriellen Berliner Korrespondenz, die das Sollen und Haben zwischen Regierung und Junkertum feststellt und mit folgendem Saldo für die Kanalgegner schließt: „Daß die gegenwärtig noch bestehende Meinungsverschiedenheiten in der Kanalvorlage ein Zusammengehen der konservativen Partei mit der Regierung in anderen gesetzgeberischen Fragen nicht hindern können, versteht sich von selbst. Die Schlussworte der konservativen Korrespondenz, in welcher namens der konservativen Partei der Treue und Ergebenheit gegenüber der Krone und Bereitwilligkeit zu einem solchen Zusammengehen Ausdruck gegeben wird, entsprechen durchaus der Erwartung der Staatsregierung hinsichtlich des künftigen Verhaltens der konservativen Partei.“ Da die konservative Partei sich mit dem Bündlertum solidarisch erklärt hat, so gilt das von ihr Gesagte vollinhaltlich auch für die Gesellschafter der Agrarier. Die Regierung bekämpft die Fronde also, indem sie ihre Bundesgenossenschaft sucht. Da mag man ermeßen, was aus einem solchen „Kampfe“ herauspringen wird. —

Der Verkauf der Karolinen hat das offizielle Deutschland mit dem offiziellen Holland in Differenzen gebracht. Deutscherseits wird angenommen, daß mit den 16 Millionen auch die Napia-Inseln, eine nördlich von Neuguinea gelegene absolut wertlose Inselgruppe, anständig bezahlt sei. Holland erklärt aber, daß die kleine Gruppe seit Altersher holländischer Besitz sei. Zum Beweise dessen soll ein holländisches Kriegsschiff nach dort entsandt worden sein. Also bleibt nichts anderes übrig, als entweder mit Holland Krieg zu führen, oder einige Millionen springen zu lassen. Da es sich im wesentlichen um eine kleine unbedeutende Koralleninsel handelt, auf der kein Grassalm wächst, so ist für jeden Deutschen nur das eine oder das andere, aber nicht etwa der Verzicht denkbar. —

Ministerkrisis in Oesterreich.

Die österreichische Ministerkrisis ist endlich eingetreten. Das Kabinett Thun, welches schon lange an chronischem Siedehum frunkte, ist gefallen. Noch am Freitag abend hatten die österreichischen Offiziere die Stirn, die Kabinettskrisis abzuleugnen. Am Sonnabend aber ist folgendes Telegramm eingetroffen:

„Heute 9 Uhr vormittags fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Thun ein Ministerrat statt, in welchem die Demission des Kabinetts beschlossen wurde. Graf Thun wurde sodann um 10 Uhr vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen und unterbreitete dem Kaiser in Ausführung dieses Beschlusses die Demission des gesamten Kabinetts.“

Das Kabinett Thun trat am 7. März 1898 ins Leben nach dem kurzen Zwischenregiment des Gauschischen Beamtenministeriums, das das badenische Kabinett ablöste. Graf Thun sollte u. a. auch die Aufgabe lösen, die Deutschen zu verjähren und geordnete parlamentarische Zustände herzustellen. Zur Anbahnung der Beruhigung der Deutschen sollte der Einritt Baerweithers, eines Vertreters des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, in das Ministerium dienen.

Allein bald zeigte Graf Thun, der frühere Statthalter von Böhmen, daß er der Aufgabe nicht gewachsen war. Von einer Aufhebung der berüchtigten Sprachenverordnungen war keine Rede, vielmehr bildete das ganze Regiment Thuns nur eine einzige fortlaufende Kette von Unterdrückung und Mißachtung des deutschen Elements, so daß schließlich Baernreither aus dem Kabinett schieb, nachdem Graf Thun es selbst mit dem zahnigen deutschen Großgrundbesitz verdrängen hatte.

Selbst so lange Baernreither noch dem Kabinett angehörte, war es nicht möglich, die parlamentarischen Verhandlungen zum geblühenden Abschluß zu bringen. Infolge der hartnäckigen Obstruktion der deutschen Linken mußte wiederholt die Session des Reichsrats ergebnislos geschlossen werden.

Seit dem Eintritt des klerikalen Dipauli als Handelsminister in das Kabinett zeigte sich erst der reaktionäre, deutschfeindliche Charakter des Kabinetts Thun in vollem Glanze. Je mehr es Graf Thun mit den Polen, Tschechen und Deutsch-Klerikalen hielt, desto weiter rückten die Deutschen von ihm ab. Am 21. Dezember 1898 ging der österreichische Reichsrat abermals auseinander, ohne die drängenden Ausgleichsvorlagen erledigt zu haben.

Nunmehr begann die Zeit des verfassungswidrigen und verfassungswidrigen Regierens mit dem berühmten § 14, dem letzten Schluß der Regierungsweisheit des Grafen Thun, der nach Lauffeschem Vorbild „fortwurste.“ Mit Hilfe dieses § 14 wurden die Ausgleichsvorlagen einfach dem Volk antwortet u. a. auch die Konsumsteuern, z. B. auf Zucker, erheblich erhöht.

Dem Grafen Thun begann es angesichts des Sturmlaufs gegen diesen geschwundenen Zustand sehr unbehaglich zu werden, zumal da auch von Ungarn aus auf Beilegung des verfassungswidrigen Regiments gedrungen wurde. Er machte daher noch angesichts der bevorstehenden Delegationswahlen den Versuch, sich mit der Opposition zu verständigen. Für Sonnabend ließ er durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses die Vertrauensmänner aller Parteien zu einer Konferenz berufen. Diese Konferenz ist gescheitert namentlich infolge der Haltung der deutschen Parteien, die auf die Einladung mit einer glatten Ablehnung antworteten. Erst mußten die Sprachenverordnungen aufgehoben werden!

Das Scheitern dieser Konferenz hat den Sturz des Kabinetts Thun besiegelt. Inzwischen sind noch auf Grund des § 14 die letzten Bestimmungen, betreffend den Ausgleich mit Ungarn, durch die amtliche Wiener Zeitung veröffentlicht worden.

Die Frage der Nachfolgerschaft des Grafen Thun ist noch nicht gelöst. Ein Fürst Alfred Lichtenstein war anzuersuchen, die fast unlösliche scheinende Aufgabe zu übernehmen, aber seine Kandidatur ist gescheitert, bevor sie recht eigentlich aufgestellt war. Nunmehr wird offiziell versichert, daß in der Not wieder zu einem reinen Beamtenministerium gegriffen werden soll. Es werden auch schon die Namen der neuen Männer mitgeteilt; wir verzichten aber auf die Wiedergabe der Liste, da sie nur auf Kombination beruht. Bis Dienstag soll die Abjuration der Krone eintreten, da der Reichsrat der Delegationswahlen wegen eiligst einberufen werden muß. Es wird sich ja zeigen, ob das künstlich gelangt.

Es ist das nämlich nicht so einfach. Unter Bruderkloß, die Wiener Arbeiterzeitung, zeichnet die Schwierigkeiten mit folgenden Sätzen: „Den Zugang zum Parlament sperren heute nicht nur die Sprachenverordnungen, sondern nicht minder die Ausgleichsverordnungen. Kommt ein Ministerium aus einem Gemisch von Beamten und Vertretern der Majoritätsparteien, mit dem unvermeidlichen Feindbären an der Spitze, zu Stande, so ist es einfach die Regierung Thun in zweiter Auflage, und es steht in einem Monat in derselben Sadgasse, in die Graf Thun so gründlich hineingeraten ist. Um für die Zukunft eine Majorität aufzutreiben, muß es die Majorität gewinnen, und die Majorität kann es nur durch Dinge gewinnen, die das Wiederwachen der Obstruktion fast sicher machen. Ein Beamtenministerium, für das sich, trotz der wenig einladenden Situation, die notwendigen

Sektionschefs immer finden, hat wohl weniger Mißtrauen zu gewärtigen als ein Parteikabinet; dafür findet es aber auch nirgends Vertrauen, und von Gleichgültigkeit allein kann eine Regierung auch nicht leben. Bleibt noch die dritte Möglichkeit: ein Kabinet, ausschließlich den Parteien der Rechten entnommen, von dem zu erwarten wäre, daß es, um regieren zu können, der Majorität gewisse nationale Opfer auferlegen können würde. Ein solches Ministerium würde einen Versuch darstellen, der wohl kühn aussieht, aber, nach den Verhältnissen im Parlament, ganz aussichtslos bleiben müßte; es wäre eigentlich nur kühn. Desterreich befindet sich seit zwei Jahren in der traurigen Situation, kein Parlament zu haben; wenn sich die Dinge aber weiter so entwickeln, wird es eines schönen Tages auch keine Regierung haben, weil es unmöglich werden wird, ein Ministerium zusammenzustellen.

Die österreichische Entwicklung geht den falschen Weg, daß sie zwei entwickeltesten Völkern mit einander Krieg führen und ihr ganzes Bestreben darauf hinausläuft, für den Kampf Bundesgenossen zu suchen. Diese ebenso traurige wie alte Wahrheit kommt angesichts dieser Ministerkriege wieder zum deutlichen Bewußtsein. Wie viel politischer Jammer könnte erpariert werden, wenn Deutsche und Tschechen zusammen arbeiten könnten, wenn sie sich vertragen lernten, um gemeinsam herrschen zu können! So lange es österreichische Politik sein wird, entweder gegen die Tschechen oder gegen die Deutschen zu regieren, und so lange die Tschechen verlangen werden, daß man gegen die Deutschen, die Deutschen, daß man gegen die Tschechen regiert — so lange kann es in Desterreich nicht vorwärtsgehen. Freilich, für diese natürliche Majorität des österreichischen Parlaments scheint es zu spät zu werden zu wollen, und die Schwierigkeit, ein Ministerium zu bilden in diesem Lande, wo jedermann gern Minister werden will, ist nur ein Beweis dafür, wie die alten Formen des österreichischen Regierens ihre Triebkraft verloren haben. Wir brauchen nicht allein neue Männer, wir brauchen noch dringender neue Ideen.“

Nachrichten aus dem Auslande.

Das Ministerium Thun ist am Sonnabend gestürzt und am Sonntag ist in Brunn der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammengetreten. Unsere österreichischen Parteigenossen versammelten sich damit zum siebenten Male in zehn Jahren. Die Wiener Arbeiterzeitung wirft einen kurzen Rückblick auf das Jahrzehnt des Kampfes und bemerkt: „Von Hainfeld bis Brunn, welcher gewaltige Weg ist da zurückgelegt worden, wie machtvoll ist die Partei gewachsen an Zahl, Geschlossenheit und Einfluß auf das öffentliche Leben, erkrankt in allen ihren Gliedern, in allen nationalen Teilorganisationen, geschult und gekräftigt in unzähligen Schlächten und Gefechten des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes! Aber auch unter welcher unglücklichen Schwierigkeiten sind diese bewundernswerten Fortschritte gemacht worden! Wir kämpfen nicht nur gegen die Uebermacht des Kapitals, unter dem Druck halbabsolutistischer Zustände und der Rückständigkeit großer Volkskreise; wir stehen zugleich mitten im Leben des österreichischen Nationalitätenkampfes, der seit drei Jahren alles in seinen Wirbel gerissen, die Grundfesten des Reiches erschüttert hat und auch in unsere Reihen verwirrend einzudringen suchte. Aber wir haben widerstanden, wir sind festgeblieben! Der Grundlag der Internationalität ist den sozialdemokratischen Parteien aller Länder gemeinsam; doch in Desterreich gilt es, diesen Grundlag unter den schwierigsten Verhältnissen im Kleinkampf des Tages in die Tat umzusetzen. Wenn es wo anders selbstverständlich ist, daß die Arbeiter an einem gemeinsamen Tage über ihre gemeinsamen Angelegenheiten beraten und beschließen, so bedeutet in Desterreich diese gemeinsame Vertretung der Vertreter deutscher, tschechischer, polnischer, ruthenischer, slowenischer, italienischer Arbeiter an sich einen gewaltigen Erfolg, der den kühnsten Segnern des proletarischen Kampfes abringen muß.“ Das ist niemals richtiger gewesen als in diesen Tagen. Die deutschen Partei-

genossen begleiten daher die Verhandlungen ihrer österreichischen Brüder mit lebhaftem Interesse und starker Anteilnahme.

In ganz Belgien hat eine starke Wahlbewegung begonnen. Am 15. f. M. finden in allen Gemeinden des Landes die Neuwahlen für die Gemeinderäte statt; die Hälfte der Gemeinderäte ist neu zu wählen. Sämtliche aufgestellten Kandidaten müssen vor dem 1. Oktober amtlich angemeldet sein; später angemeldete Kandidaten werden nicht zugelassen. Die Wahl ist geheim und obligatorisch. Die Stichwahlen sind auf Sonntag, 22. Oktober, anberaumt. Da in Belgien den Gemeindebehörden sehr ausgedehnte politische Rechte zustehen, ist die Eroberung des Rathauses das Ideal jeder belgischen Partei. Bei den diesmaligen Gemeinderatswahlen marschieren alle Parteien selbstständig unter ihrer eigenen Fahne. Die Sozialisten haben jedes Wahlbündnis abgelehnt; dasselbe haben die Gemäßigten oder Doktrinär-Liberalen gethan. In Brüssel haben sogar die Gemäßigten-Liberalen ein Bündnis mit den Fortschrittler abgelehnt. Von hervorragendem Interesse ist diesmal der Wahlkampf in der Stadt Antwerpen. Hier allein haben sich die Liberalen, Fortschrittler und Sozialisten fest verbündet und stellen eine gemeinsame Kandidatenliste auf, um die Klerikalen aus dem Rathause ganz zu verdrängen. Bisher besteht der Gemeinderat aus 22 Liberalen und 21 Klerikalen. Den Sozialisten sind drei Sitze zugesprochen. Von dem Ausgange dieser Wahl hängt auch die Lösung der Schelderegulierung für Antwerpen ab.

Die Nachricht von der Niedermetzelung der französischen Mission Foureaux-Lamy soll nach dem Soir durch eine neuerdings im Kolonialministerium eingegangene Nachricht bestätigt worden sein. Von anderer Seite liegen zu dieser Meldung keine Nachrichten vor. — Die Stellung des Kriegsministers Gallifet wird nach der Magdeburgerischen Zeitung als unhaltbar angesehen. Eine Ministerkrise ist unmittelbar bevorstehend. Untersuchungsrichter Fabre überreichte der Regierung einen Sonderbericht über die Teilnahme der Jesuiten sowie der Assomptionisten an dem Royalistenkomplott; die Regierung wird der Kammer diesen Bericht vorlegen.

Der Führer der algerischen Radikalfreimaurer, Maz Regis, ist nach dem Ausland entkommen.

In Ferrol, einem Kriegshafen der spanischen Provinz Corunna, haben sich Sonnabend abend große Unruhen ereignet, die einen antikerikalen Charakter trugen und von ungefähr 3000 Menschen ausgeführt wurden. Die Fensterheben des katholischen Vereinhauses und des Stadthauses wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Die Municipalgarde ging gegen die Ruhestörer vor, wurde aber zum Rückzuge gezwungen. Elf Schußwunden und einige Civilpersonen wurden verletzt. Schließlich zerstreute berittene Gendarmen die Menge. Die Erregung dauert fort. Der Präfekt hat seine Amtsbefugnisse den Militärbehörden übertragen.

Der serbische Hochverratsprozeß ist am Sonnabend zu Ende gegangen. Das Urteil wird, wie es in der Meldung des Wolffschen Bureaus heißt, „demnächst“ gefällt werden. Am letzten Tage hat der Hauptangeklagte sich noch eine kleine Enthüllung geleistet. Er äußerte in Betreff seiner neulichen Erklärung, daß er den Anschlag auf Milan verübt habe, ohne dazu angestiftet zu sein, nunmehr, er habe diese Erklärung abgegeben auf Drängen des mit der Ueberwachung des Gefängnisses beauftragten Gendarmeriehauptmanns Georgewitsch. Dieser habe Knezewitsch einen Dolch übergeben und ihn aufgefordert, den Obersten Nikolsich, Vater von vier Kindern, sowie die anderen Anklagten für unschuldig zu erklären und sich selbst den Tod zu geben, da er ja doch zum Tode verurteilt würde. Knezewitsch übergab den Dolch, worauf Georgewitsch verhaftet wurde.

Ueber das, was in Rußland den Zeitungen verboten ist, giebt ein geheimer Erlaß Auskunft, der nach Meldung der Berliner Volkszeitung den Redaktionen polnischer Blätter seitens der Warshawer Censurbehörde kürzlich zugestellt worden ist. Der Erlaß enthält 32 Paragraphen bez. 32 Verbot:

Geniletton.

Selene.

Roman in drei Bänden von Minna Kowitz.

(V. Fortsetzung.)

„Lazar schritt dem Fenster zu und sah in die Höhe.“
Beide lehnten sich hinaus und schauten sich an.
Sie ließ ihre Hand über die wuscheligen Locken des Fürstberges schweben, während er die seinen nicht von ihr loszulassen vermochte. Unter dem Einflusse des Kusses schimmerten ihre Augen im tiefsten Blau; jedes Aeberehen zeigte sich in dem tiefen Gesicht, und der feine Ton ihrer Haut erschien wunderbar unter dem schwarzen Haar, das Hals und Nacken ihr umgab.
Und er empfand ihre Schönheit wie eine Seligkeit und einen Schmerz zugleich, noch dem er immer schuldiger und länger wurde.

Da erhalte ein Durchschneider verächtlicher Seiten vom Vorhange her; darunter ein lautes Me und der alte bewundernde Blick eines Kindes.

Dann wurde die Thür aufgerissen und Minna trat herein, einen hübschen Knaben auf dem Arm, der sie mit demselben seltsamen Blick und hinter ihr drei und vier kleine Kinder, beide gebirgten und brüchigen, mit ihnen und in die gleiche Gesichter.

Der Größere und Schlanke war der Stabent der Medizinischen Fakultät, dessen Frau unglücklich erkrankt war. Er brachte sein Schicksal mit, das ihn in die gleiche Lage brachte, wie auch seine Neugeborenen mit sich genommen, wenn er nicht seine Frau selbst davon abgetrennt hätte.

Er hatte den großen schwarzen schiefen Hut über dem Kopf, der seinen sehr schiefen Gesichtszug betonte, der durch seine schwarzen Augenstrahlen war, ein Wunder, der seine

nicht alles sehr auffiel, da der hübsche herabwallende Vollbart ihn glücklich verdeckte.

Und konstant wie seine Kleidung, war auch seine Haltung die trockene, aber vielleicht eben deshalb einer gewöhnlichen Natur nicht unbedeutend.

Und dieser Mann, der mit den feinsten und qualendsten Sorgen täglich und stündlich zu kämpfen hatte, gewann den Wohlstand der größten Sorglosigkeit dadurch, daß er seine eigene Natur nicht zu verbergen suchte.

Das „guten diras ton“ der guten Gesellschaft spielte bei ihm keine Rolle. Beschäftigt auch? Die Genossen kannten seine Sorgen, sie wußten, daß er selbst die härtesten Entbehrungen erduldet, um es seinen Vätern als Mann und Vater zu ermöglichen, der ganzen übrigen Welt aber stand er ohne jedes Rücksicht gegenüber, was kümmerte sie ihn.

Er war Mitarbeiter und Anhänger des „Tschornii“ (Schwarz), eines Organes, das zur „Kardynaja Wolka“ in einem kühnen Gegenstande stand und eine neue Taktik befürwortete.

Das den Kardynaj hervorgegangen, strebten auch die Anhänger des „Tschornii“ die Bildung einer Volkspartei an, aber nicht auf politischer, sondern ökonomischer Grundlage, wobei sie sich dem wissenschaftlichen Sozialismus, obwohl sie ihn noch nicht völlig begriffen hatten, zu nähern suchten.

Sein Gefährte, der sich schweigend hinter ihm hielt, war Georg Andrejewitsch Wikinski. Erst vierundzwanzigjährige, kam er doch ein ganzes Leben des Kampfes hinter sich.

Er war in Berechnung drei Jahre hindurch unaussprechlich für die Propaganda thätig gewesen. Er hatte sich an die Arbeit gemacht und verstand es, sie über ihre Lage und die Bedingungen ihrer Fortentwicklung aufzuklären, und traf man ihn auf Lyubim und Verstandnis.

Aber je bedeutsamer seine Erfolge waren, um so hitziger geäußerte sich die Verfolgung. Er lebte das schreckliche Leben

eines Ungelesenen, stets die Polizei auf den Fersen. Er konnte es selbst nicht begreifen, daß er noch immer frei war.

Tag und Nacht trug er den geladenen Revolver bei sich, um in dem Moment seiner Festnahme den Angreifer nieder zu schlagen oder sich selbst, und begrüßte jeden neuen Tag mit Verwunderung, als ein unerwartetes Geschenk.

„Aber morgen, sagte er sich, morgen haben sie mich sicher. Schließlich gewöhnte er sich an dieses Leben und ertrug es mit Geheiß; er wußte gar nicht, wie sehr es ihn innerlich angriff.“

Seine Freunde bemerkten die furchtbare Ueberreizung seiner Nerven, die selbst die Nahrungsaufnahme beeinträchtigte — er konnte fast nichts mehr essen — und boten ihm die Mittel zur Flucht.

„Er wollte nicht emigrieren — dann ging er doch.“

„Nicht für lange“, sagte er ihnen, „ich muß nur wieder zu mir kommen, muß wieder einmal anfangen, als Mensch zu leben, sonst, ich fühl's, müßte ich zum Verbrecher werden.“

Wer ihn jetzt sah mit den guten, klaren, braunen Augen, dem sanften geschiedten Ausdruck und dem etwas schüchternen Wesen, ein Denker, voll Talent, eifrig mit historischen und nationalökonomischen Studien beschäftigt, der hätte in ihm niemals den verheißenen Agitator vermutet. Er vertrat unter den hier Versammelten gleichsam eine vierte Richtung, die dem Marxismus am verwandtesten war.

Die Damen sprachen sehr laut; Selene wollte Rina den kleinen Kola streitig machen; sie könne ihn immer haben, meinte sie, hier möge sie ihn einmal einer anderen vergönnen.

Und als der so Umworbene nun wirklich trübsalig zur Tante Genotschka verlangte, riß sie den Knaben mit einem Jubelruf in ihre Arme, um ihn zu herzen und abzuküssen.

Rina spielte die Unglückliche und Gebränkte, der Vater aber meinte sie beide ab.

(Fortsetzung folgt.)

